



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

253 (4.6.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-185673](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-185673)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich: Dr. Fritz Goldbaum, Verlagsdirektor für Politik; Dr. Fritz Goldbaum, für Redaktionen; Hans Schöler, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil; Richard Schlotter, für Anzeigen; Franz Krieger, für Anzeigen; Anton Brück, Druck- und Verlags-Direktor; Dr. Hans Wilmanns, Leiter des General-Anzeiger-Verlags; Dr. Hans Wilmanns, Leiter des General-Anzeiger-Verlags; Dr. Hans Wilmanns, Leiter des General-Anzeiger-Verlags.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die typ. Kolonialzettel 50 Pf., Finanz-Anzeigen und Anzeigen von Versicherungs-Gesellschaften 60 Pf., Resten 25 Pf. Anzeigenpreis: Montagblatt vormitt. 6 1/2 Uhr, Abendblatt nachmittags 2 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird teils Druckerwerk übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.50 mit Druckerwerk, Postbezug: Viertel M. 6.42 einl. Zahlungsverkehr. Bei der Post abgefordert M. 5.75 Einzel-Nr. 10 Pf.

Die Antwort.

Berlin, 4. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Allgemein erwartet man in hiesigen politischen Kreisen das Eintreffen der Antwort der Entente für den Freitag. Dann kann es leicht geschehen, daß das Plenum der Nationalversammlung schon an dem ersten oder zweiten Pfingstfeiertag einberufen werden wird. Man darf nicht vergessen: Es handelt sich bei der Entscheidung, die man dann zu treffen hat, um Krieg und Frieden und ehe die Regierung der Entente antwortet, hat sie erst die Nationalversammlung zu befragen. Vielfach ist man der Meinung, daß diese Antwort nicht mehr von der gegenwärtigen Regierung gegeben wird, daß inzwischen andere Männer an ihre Stelle treten werden, doch glaubt man, daß parteimäßig die Zusammenfassung des Kabinetts in der Hauptsache zu gleichen Teilen bleibt wie bisher, soll heißen, daß sich wieder die bisherigen Mehrheitsparteien zur Regierungsbildung verbinden werden, wir unterscheiden: man glaubt schließlich werden die Dinge hinterher doch noch anders verlaufen. Sehr verbreitet ist auch die Auffassung, daß bei der Abstimmung der Nationalversammlung über die Friedensbedingungen bei allen Fraktionen Abspaltungen stattfinden werden.

Der Vierzerrat prüft die deutschen Gegenentwürfe.
Brüssel, 4. Juni. (W. B.) Wie der „Temps“ meldet, legte der Vierzerrat am Nachmittag die Prüfung der deutschen Gegenentwürfe fort. — Im Vierzerrat wird nachmittags der holländische Außenminister Kamebeck die Antwort der holländischen Regierung auf den Vorschlag der belgischen Regierung bekannt geben.

Keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der britischen Delegation.

Paris, 4. Juni. (W. B.) Neuter. Mit Bezug auf die Berichte über Meinungsverschiedenheiten unter den britischen Vertretern der Friedenskonferenz wegen der Deutschland zu gewährenden Konzessionen wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß zwar die Ansichten nicht immer in jedem Punkte übereinstimmen, daß jedoch keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Schweden und Dänemark gegen eine Erneuerung der Blockade.

Paris, 4. Juni. (W. B.) Neuter. Es wird gemeldet, daß Schweden und Dänemark sich in ihrer Antwort auf die fürliche Anfrage der Ententemächte geweigert haben, bei einer Erneuerung der Blockade gegen Deutschland mitzuwirken.

Rußland und Polen.

Die Gosos Nostri in Nr. 79 vom 31. Mai 1919 mittelt, daß der ehemalige russische Minister des auswärtigen Saffonoff mit dem Fürsten Lwow, der seinerzeit als erster der Präsidentenschaft der russischen Republik übernahm, in London, um mit der englischen Regierung über die Wiederaufrichtung des russischen Reiches zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit mußte Saffonoff durch einen Vertreter der Times an das englische Volk mit einer Erklärung, aus der hervorgeht, daß er mit Admiral Koltshat gemeinschaftlich die Wiederaufrichtung von Rußland in seinen früheren Grenzen erstrebt und das Vorhandensein eines selbständigen Polens für nicht vereinbar mit den Interessen Rußlands hält.

Der österreichische Friedensvertrag.

Paris, 4. Juni. (W. B.) Der Leiter der österreichischen Friedensdelegation Renner hat am Dienstagabend St. Germain verlassen und ist mit dem Orientexpress nach Innsbruck abgereist.

Brüssel, 4. Juni. (W. B.) Die Besprechungen der Abendblätter über den österreichischen Friedensvertrag haben hervor, daß wesentliche Punkte völlig feststehen und daß somit ein abschließendes Bild ummöglich sei. „Populaire“ erklärt, das Dokument sei geradezu ungeheuerlich. Sieben Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes seien die Hauptprobleme noch immer nicht gelöst. Diese Unfruchtbarkeit der Regierungsummer von ihrer Verachtung aller Grundidee her. Ihre Unfähigkeit entspräche ihrer ungeheureren Veteilte. Diejenigen, die es nicht verstanden hätten, den Krieg abzukürzen, ständen dem Friedensproblem völlig verwirrt gegenüber. Was sind diese Probleme heute noch neben den überall aufstrebenden sozialen Problemen? So fragt das Blatt. Was bedeutet die Faminefrage neben der Lebensmittelkurierung? Was bedeutet die byzantinischen Streitigkeiten imperialistischen Regierungen neben den wachsenden Klassenkämpfen?

Sombat schreibt in der „Heure“ jedermann lege sich Resignation ab, daß alles, was in Versailles und St. Germain gemacht wurde, nur provisorisch sei und nur auf Sand gebaut und vom Wind verweht werde. Wenn die Unterchristen ausgestattet seien, werde die wirkliche Arbeit beginnen. Der österreichische Vertrag habe eine Reihe von Völkern und entseibe gar nichts.

Der „Temps“ hält es für notwendig, Renner darauf aufmerksam zu machen, daß Österreich doch nicht so unschuldig am Krieg gewesen sei, als er in seinen Reden erklärt habe. Man dürfe nicht vergessen, daß das gesamte österreichische Volk in den letzten Julitagen des Jahres 1914 den Krieg gegen Serbien gewünscht habe, während die slavischen Völker Österreich-Ungarns schon damals nur gewinnend marschiert seien.

Brüssel, 4. Juni. (W. B.) Die rumänische Friedensdelegation teilte dem „Temps“ mit, sie habe wenige Minuten vor der Eröffnung der Ueberreichungsfeier in St. Germain

festgestellt, daß die Artikel des Friedensvertragsentwurfs über die Minderheiten, die sie am Sonnabend beanstandete, nicht geändert seien. Sie habe schriftlichen Einspruch erhoben, daß sie in Gegenwart des Feindes keine Einwendungen machen wollen.

Der tschecho-slowakische Delegierte Beneš erklärte einem Mitarbeiter des „Temps“, er sei von dem Friedensvertrag mit Österreich befriedigt. Ebenso erklärten die Jugoslawen, sie seien mit den Klauseln des Vertrages, wie sie bisher vorliegen, einverstanden.

Der Rufsch von Speyer.

Ans der Pfalz wird uns geschrieben:
Die „Landauer“ hatten am 1. Juni, dem Ehrenfesttag des pfälzischen Volkes, reichlich Gelegenheit gehabt, die Meinung der Pfälzer kennen zu lernen, und man sollte meinen, daß die schmerzlichen Erfahrungen, die sie hierbei machten, sie vor weiteren Ehrgeizigkeiten oder Dummheiten bewahren müßten. Möglich ist es, Einzelne der vom Volk „Behandelten“ sehten hernach, als sie im Regierungsgebäude auf die Möglichkeit eines ehrenvollen Abganges warteten, recht trübseelige Miene auf. Andere dagegen starrten in verbissenem Trotz vor sich hin, so wie Leute, die das Geschäft, das sie schon in der Hand zu haben geglaubt, noch in der letzten Sekunde an die Konkurrenz verloren gehen sehen. Unentwegt blieb nur der Jüngling Emmerich, früher Redakteur der „Völkzeitung“ in Neustadt a. H., jetzt Soldatenschreiber in französischen Diensten. Er, der schon am Abend zuvor in der Wambriusshalle das große Wort geführt hatte, erhob auch jetzt sein Stimmlein, um den geprügelten Genossen — er selbst ist leider ohne Schramme davongekommen — neuen Mut einzublasen. Was ihnen heute nicht geglikt sei, das werde ihnen in vierzehn Tagen, wo die Verhältnisse für sie sicher günstiger lägen, ganz gewiß glücken. Also usw.

Einig waren die Genossen nur in der Beurteilung der französischen Handlungsweise. Sie warfen ihren französischen Feinden selbst Vorwürfe vor. Aus ihren rückhaltlosen Äußerungen ging hervor, daß sie zu der Annahme berechtigt waren, die Franzosen würden sie unter Hinweis auf Bajonette und Mächselngewehre in die Ministerstühle der neuen Republik drücken. Und dann hätte das Geschöft blähen können. Wohl aus einem letzten Rest von Scham scheuten die Franzosen vavor zurück, sich mit den geschäftstüchtigen Landes- und Hochverrätern bloßzustellen. Der weiß Äbrigen, was ihnen diese smarten Geschäftslente und großwahnwitzigen Streiber vorgelegen hatten! Die Enttäuschung der Franzosen mußte natürlich umso größer sein, je mehr sie erkannten, daß niemand, aber auch niemand hinter diesen deutschen Franzosen steht. Nicht einmal die Hundertmännchen des französischen Beamten Zimmermann hatten standgehalten. Von dieser Seite her sollen sogar die ersten und kräftigsten Hiebe gefallen sein. Der Freiwine und das Frühländ hatten den Entschluß und die Muskeln geklärt. Fest steht, daß französische Offiziere einen Teil der Vertreter in französischen Autos nach Speyer gebracht und daß mindestens einer sein Gepäck bei einem höheren französischen Offizier hinterstellt hatte. Nun, so konnte er wenigstens einen lauberen Kragen und eine frische Krawatte aus eigenem Bestand beziehen.

Es steht fest, daß insbesondere in Speyer Mitglieder aller politischen Parteien an der Kundgebung gegen die Vaterlandsverräter beteiligt waren. Umso bemerkenswerter ist es, wenn z. B. in Mannheim und in Frankfurt erzählt wird, die Alldeutschen seien es, die heute die Völkpartei stellten. Die Frankfurter Zeitung behauptet schlechthin, Dr. Haas sei ein Alldeutscher. Welche Beweise liegen hierfür vor. Eine Mannheimer Zeitung grübt ein Protokoll aus, das den pfälzischen Reichsratsabgeordneten Hofmann bloßstellt. Das Protokoll wanderte schon längst heimlich von Hand zu Hand. Es ist gleichwohl, wenn nicht eine glatte Fälschung, so doch ohne Mitwirkung der Beteiligten in der gleichen Art angefertigt, wie der ständige Berichterstatter des Petit Journal, Lieutenant Marjon über pfälzische Verhältnisse berichtet. Da dem General Gerard die hehrreichten politischen Erfolge versagt sind, so läßt er sich solche von seinem Büro erfinden, um so sich in Paris zu empfehlen. Nun die Franzosen werden es eines Tages auch merken, wie sie von diesem Herrn hinter Licht geführt werden.

In einem kölnischen Blatte war wieder zu lesen, daß die Speyerer Kundgebung eine Kundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft war. Der Berichterstatter scheint entweder nicht unterrichtet gewesen zu sein oder er hat in eigensüchtiger Weise eine Partei allein in den Glanz der zu allem voreiten Vaterlandsiebe setzen wollen. Es ist zu wünschen, daß die große vaterländische Bewegung in der Pfalz und um eine solche handelt es sich, nicht auf ein Parteigeld abgehoben werde. Hierbei sei den Demokraten ausdrücklich ins Gedächtnis zurückgerufen, daß Männer aus ihren Reihen, die bis dahin selbst fahrende Stellungen in der Partei einnahmen, sich zu den Landesverrätern geschlagen haben. Das kann selbstverständlich die demokratische Partei nicht belasten. Umgekehrt sollte aber auch die demokratische Presse nicht so tun, als ob nur in der demokratischen Partei allein alles vaterländische Heil zu finden sei.

Der Redakteur des Speyerer Zentrumsblattes Dr. Will ist gefehert durch die Franzosen verhaftet worden. Der Dr. Will sollte sich am Sonntag, während die Kundgebung in Speyer stattfand, von General Gerard die Erlaubnis, eine Volkserklärung einzubringen. Diese wurde genehmigt und es durften Redner oder Parteien sprechen. Die Kundgebung geschah so, wie schon bekannt zu einer vaterländischen Feier in Speyer war. Derum Dr. Will verhaftet wurde, entspricht sich jeder Beurteilung. Haben die Franzosen vielleicht das Gegenteil erwartet und lächeln nun ihre Nase an dem unglücklichen Will?

Die rheinische Republik.

Eine Kundgebung in Aachen.

Köln, 4. Juni. (W. B.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird auch Aachen gemeldet: Eine imposante Kundgebung gegen die Sonderbündler und für die Einheit des deutschen Reiches veranstaltete heute ein großer Teil der hiesigen Arbeiterschaft und zwar ganz spontan und aus eigenem politischen Gefühl heraus. In sämtlichen Großbetrieben, bei der Straßenbahn, den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken, legten die Arbeiter um 12 Uhr die Arbeit nieder und begaben sich auf die Straße, wo sie sich zu einem gewaltigen Zuge vereinigten, der sich in musterger Ruhe und Ordnung durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte. Vor den Redaktionen zweier Blätter, die in leidenschaftlicher Weise für die rheinische Republik kämpften, und vor dem Hause eines Arztes, der erste Wortführer der Loslösungsbestrebungen, wurden Demonstrationen veranstaltet. Um 6 1/2 Uhr endete der Zug in vollster Ordnung.

Dr. Dorten unauffindbar.

Berlin, 4. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Wiesbaden wird berichtet, daß Dr. Dorten seit gestern trotz eifrigstem Suchen nicht auffindbar ist. Der französische Oberst Pino hat auf heute nachmittag 2 Uhr die Vertreter der Reichsregierung zu einer Aussprache zu sich bestellt.

Der Protest der hessischen Regierung.

Berlin, 4. Juni. (W. B.) Beim Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, dem Reichsminister Erzberger, ging folgendes Telegramm des hessischen Ministerpräsidenten Ulrich ein: An General Mangin in Mainz wurde heute gedruckt: Die hessische Regierung protestiert nachträglich gegen die Proklamierung der rheinischen Republik in Rheinhessen und sieht in der Unterdrückung von Kundgebungen der Bevölkerung gegen die Proklamation eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Sie erhebt ebenso Protest gegen die Verhaftung des Präsidenten der hessischen Regierungskammer Adelang und anderer politischer Führer und drückt die bestimmte Erwartung aus, daß deren Freilassung unverzüglich erfolgt. Ich bitte, bei der internationalen Waffenstillstandskommission in gleicher Weise Protest zu erheben. Wegen Freilassung des Volkskammerpräsidenten Adelang und etwa verhafteter anderer politischer Führer wurde das hessische Gesundheitsministerium bereits gestern bei dem Reichspräsidenten Ebert telegraphisch vorstellig.

Der Widerhall des Verrats in Frankreich.

Brüssel, 4. Juni. (W. B.) Wie der „Petit Parisien“ aus Speyer meldet, beschloß die pfälzische republikanische Partei nach der Ausweklung Wintersteins schon am Sonntag vormittag die pfälzische Republik auszurufen. Diese Ueberstürzung veranlaßte das Scheitern des Unternehmens. Denn sie habe dem Gegner ermöglicht, eine Latit anzunehmen, die die Okkupationsbehörde zulassen mußte, damit man ihr nicht vorwerfen konnte, zu dem Sturz des augenblicklich politischen Zustandes beigetragen zu haben. Von der bevorstehenden Ankunft des zum Präsidenten auserwählten Dr. Haas und seiner Mitarbeiter benachrichtigt, befiehlt eine Kolonne von Gegnern, die aus Beamten und einigen Ludwigshafener Arbeitern (1) bestand, das Rathaus und trieb die Republikaner zurück. Dr. Haas sei beschlachtet und mißhandelt worden. Wegen der zunehmenden Unordnung auf den Straßen mußte eine Jägerkompanie einmarschieren.

Der „Petit Parisien“ meint, wenn auch die Republik ausgerufen wurde, so scheint das Obstruktionsmandat augenblicklich doch gelungen zu sein. Dies Eingeständnis des Scheiterns der Bewegung in der Pfalz erklärt, weshalb die Pariser Presse diese mit Schweigen übergeht und nur auf die Ausrufung der rheinischen Republik in Wiesbaden hinweist.

Nur tritt der Druck, den die Alliierten aufgrund dieses Ereignisses auf Deutschland ausüben werden, damit es den Vertrag unterzeichnet, in den Ausführungen Herzes in der „Viktore“ zutage, der schreibt: Wenn Broddorf-Ranhan sich weigert zu unterzeichnen, und uns zwingt, jenseits des Rheines ein größeres Gebiet zu besetzen, wird es ein Kinderspiel für uns sein, von Preußen Westfalen und Hannover loszulösen, ohne daß wir dabei an der deutschen Einheit rühren. Haben Broddorf und Scheidemann daran gedacht?

Das „Journal“ gibt ganz offen zu, daß die Anwesenheit französischer Truppen im besetzten Gebiet die Proklamation der rheinischen Republik begünstigte.

Sehr beachtenswert sind die Ausführungen Zemoß (Gumbach) in der „Humanité“. Er sagt: Die französische Presse führt durch ihre der rheinischen Republik günstigen Artikel die öffentliche Meinung Frankreichs grolllich irre. Wie kommt es, daß Personen, nach vorheriger Verständigung mit den Militärbehörden der Besetzungssphäre die Ausrufung der rheinischen Republik veranlaßten, die während des ganzen Krieges Führer des Alldeutstums und des Anexionismus gewesen seien? Ihre Abtrennungsgelüste entspringen keineswegs demokratischen oder republikanischen Ueberzeugungen, sondern der Angst, welche ihnen Demokratie und Republik einflößten. Es sei die Wut, daß Wilhelm 2. nicht mehr an der Spitze des Reiches stehe, die sie zu ihren separatistischen Plänen getrieben habe.

Brüssel, 3. Juni. (Von unserem S.-Sonderkorrespond.) Blätterstimmen zur Ausrufung der rheinischen Republik: „Heure“: Eine Republik mehr! Es fragt sich nur, ob es eine für Frankreich freundliche Republik ist und eine republikanische Republik werden soll. Wir wollen einmal abwarten, und zwar mit einiger Vorsicht. Für den Augenblick ist uns die Grün-

lung dieser Republik natürlich sehr sympathisch. Wir haben den famosen Bufferstaat, den unsere Diplomaten immer verlangt haben.

„Populaire“: Niemand kann sagen, wie sich die Sache weiter entwickeln wird. Schon seit langen Monaten konnte man die in dieser Richtung getane Arbeit verfolgen.

Man braucht nur die Artikel des „Emps“ zu lesen, das Urteil über die angewandten Mittel muß späteren Zeiten vorbehalten bleiben. Augenblicklich fragt es sich nur, ob das Ergebnis nützlich ist zur Herbeiführung des Weltfriedens und Frankreichs Interesse dient. Schon im Jahre 1792 und 1871 ging durch die Rheinlande eine Frankreich freundliche Stimmung. Aber in jener Zeit waren es die kleinen Leute, die uns liebten, während heute die große Geschäftswelt und die früheren reaktionären Führer hinter die Bewegung stehen.

„Heure“ sagt: Wie groß ist der Anteil der Bevölkerung an dem Ereignis und wie groß derjenige der Befolgungsbehörden? Es wäre gar nicht erstaunlich, wenn man erführe, daß die letztere das Ergebnis mit hervorgerufen habe und ein bißchen unter der Hand unterstützt hätte. Das Schlimmste wäre, wenn unsere Bismarckfänger die neue Republik als ein militärisches Kind der Verbündeten hinstellten. Wir haben bereits einmal die Einigkeit Deutschlands dadurch erreicht, daß wir dumme Leute die Einigkeit Deutschlands bedrohten. Werden wir heute nochmals so dumm sein und die neue Bewegung in Verbindung bringen mit einer monarchistischen Reaktion. (Der letzte Satz bezieht sich offensichtlich auf die in Hannover bevorstehenden Ereignisse).

„La Patrie“: An der Bevölkerung der neuen Republik herrscht die Idee, daß die Folgen dieser Einrichtung den Hof und die allgemeine Verachtung der Welt für alles, was deutsch ist, hegen und anregen könnten. Das Blatt veröffentlicht in der gleichen Nummer einen Artikel, in dem die historischen Rechte Frankreichs auf das Rheinland niedergelegt werden. Der Artikel beweist ferner zahlenmäßig, daß der Bevölkerungszuwachs Frankreichs zu dem der übrigen Siegler aus dem Kriege hervorgegangenen Ländern ungenügend sei, und daß Frankreich das Rheinland annectieren müsse.

„Antranigean“: Das Echo dieses Ereignisses kann ungeteilt sein. Hannover wird dem Beispiel möglicherweise folgen. Aber wie es auch immer kommen mag, in der Versailles Frage wird bereits jetzt eine Wendung eintreten. Die in Berlin stattfindenden Verhandlungen zwischen Nord- und Süddeutschland stehen jedenfalls in direkter Verbindung mit den Ereignissen im Rheinland. Der deutsche Sozialismus hat damit einen schweren Schlag erlitten, und zwar zur rechten Zeit. Die Unabhängigkeitserklärung der Rheinlande ist in die Pariser Friedenskonferenz hineingefahren wie eine Axt in einen Sumpf. Wenn wir uns nach Friedensschluß aus dem Rheinland zurückziehen müssen, würde Preußen mit der neuen Republik schnell fertig werden. Aber wir bleiben ja 15 Jahre und in 15 Jahren wird es zu spät sein, die deutsche Einigkeit wieder aufzurichten. Vielleicht folgen noch andere diesem Beispiel, vielleicht auch Bayern und Baden. Die Zerstückelung Deutschlands war das Domestikumschwert über dem Haupte Broddorf-Ranhaus, der Gebante daran mußte ihn in seinem Handeln bestimmen. Heute ist das Schwert ihm aus dem Kopf gefallen. Wenn die Welt heute stark und gesichert ist, ist der Friede der Welt in einem Deutschland, das uneinig ist, vielmals gesichert. Aber Dummköpfe dürfen keine gemacht werden.

Jetzt, wo der Generalkrieg nicht nur Paris, sondern ganz Frankreich bedroht und teilweise schon ausgebrochen ist, spielt Deutschland den Feinden einen neuen Trumpf in die Hand. Dadurch wird auch die Wendung zum Besseren, an die wir vorgestern noch glauben konnten, zustanden gemacht. Durch diese schamlosen Kostrennungsbestrebungen und durch den schamlosen Vaterlandsverrat werden wir in den Augen derjenigen Amerikaner und Engländer, die uns vor dem argsten retten wollten, verächtlich gemacht.

Eine zwiespältige Ueberschrift „Broddorf-Ranhaus von Erzberger verraten“ mit einem nachfolgenden zwiespältigen Artikel fällt auch die erste Seite des „Deuys“. Broddorf-Ranhaus war sicherlich nicht darauf gefoht, daß der Plan, der seine Diplomatie ruiniert, aus Deutschland kommt. Man wird nur von den Seinen verraten.

Kapitalistische Treiberien?

Während der zweiten Tagung des Sachverständigenrates für Sozialisierung der Rohlenwirtschaft berichtete die Berliner Presse über einen — tatsächlich nicht gestellten — Antrag des Vertreters des süddeutschen Rohlenhandels, Kommerzienrat

Vor 70 Jahren.

Erinnerungen eines fünfundsiebzigjährigen. Von H. Wälder.

„Jetzt gibt es Krieg!“ Dieses von den Frauen meines Geburtsortes mitgeteilte Wort vor dem Ausbruch der Revolution tagtäglich so häufig ausgesprochene Wort drang uns ängstlich zuhörenden Kindern stets mit Respekt ins Herz. Kein Wunder! Im Winter 1848/49 kam ich als fünfjähriger Junge mit meinen Geschwister zu einer untern Nachbarnhaus zum alten Hannes Wälder. Der seinen zahlreichen Töchtern immer ganz Grausiges aus früheren Kriegen zu erzählen mußte und Prophezeiungen des alten Epistler, des großen Dorsphilosophen aus dem nahen Württemberg, beizufügen wußte. Da dieser einem uralten Buch entnommen haben wollte. Wie graulich die Feinde verheereten, ludete Wälder unter anderem bedürftig darzutun, daß er erachtete, jene hätten in den Scheitern mit den Bismarckern tief in die Heulhöhle hineingelassen, in denen sie verheereten vermuteten. Die Wälder spitzten durchdringend auch uns armen Töchtern gleichsam den Weib.

Außer den Erzählungen zog uns Kinder auch etwas anderes an. Die guten Bauerleute schenkten uns Kartoffeln. Die wurden in Scheibchen geschnitten, mit Speisöl am glühenden Ofen angelebt, gebraten und dann als duftende Heilungspille verzehrt.

Nach allen Zeichen der Zeit sollte damals der Antikrist erscheinen (der Überdies, der Feindfreunde, gewaltig, aber endlich unterliegende Feind des Weltalls und des auf Erden zu errichtenden Gottesreiches).

Im Jahre 1849, also wenige Jahre vor dem Ausbruch der Revolution, war die erste Eisenbahnstrecke im badischen Land, nämlich die zwischen Heidelberg und Karlsruhe, dem Betrieb übergeben worden. Auch dieses Ereignis hatte unter wenig erfahrenen Vätern große Aufregung hervorgerufen, und Jahre lang erzählt man in meiner Heimat noch davon, wie alles zur Bahnlinie, zur Stelle der letzten Station Forst, hinabströmte, um das Schnaubende Angewandte anzusehen, von dem so viel Schlimmes vorausgeahnt war. Wälder und seine Zuhörer glaubten fest an die Prophezeiung: „Wenn man ohne Verste auf eisernen Schienen fährt, dann kommt der Weltuntergang.“ Als dann die Welt nicht aus den Füßen ging, griff man zu neuem Übergläubigen: „Wo der Dampf, der Rauch des Dampfes, hinströmt, entleert die Kartoffelkrankheit.“ So waren also schon vor dem Ausbruch der Revolution, während der Dürungszeit, die Dörferwälder aufgeregt worden und legt die „Freischützer“ mit ihren Schießgewehren im Dorf. Wir haben die ersten Männer brauchen vor dem Ort, der zum Ami Wälder gehörte, also zu den Besten, die am meisten revolutionär waren, mit Wälderwäldern sich abmühen, und wir suchten es ihnen nachzutun. Ein Schreiner machte uns dazu hübsche, braunbelegte Holzgehäuse und Möbel. Als im Juni 1849 der Kampf mit den durch die Regierung herbeigerufenen Preußen, mit dem „Feind“ an der Vorderlinie sich entspann (König, Bodenburg und Bergstraße), da drang der Kriegs-

Stiegeler-Konstanz. Dieser sollte die Vertagung der Verhandlung beantragen haben, weil nach den von der Entente gestellten Friedensbedingungen die deutsche Staatsorganisations- und die deutsche Volkswirtschaft dem unmittelbaren Einfluß unserer Feinde unterstellt werden sollten, weil wir nicht wüßten, welche Kohlengebiete uns überhaupt verblieben und in welchem Umfange wir über die Erzeugnisse der nicht besetzten Gebiete verfügen könnten.

Die Offener Arbeiterzeitung, die die Aeußerung solcher Anschauungen als „kapitalistische Treiberien“ bezeichnet, überlegt, daß heute sie teilen, denen die Arbeiterzeitung eine Krönung zu kapitalistischen Treiberien zweifellos nicht vorwerfen kann. Denn die Mannheimer Volksstimme ist sicher ebenso gut sozialdemokratisch wie das Offener Blatt. Und jene sagt in einem Artikel vom 28. Mai über „die Aufgaben der Partei“:

„Gänge es der Entente, uns ihren Frieden aufzugeben, so geht es überhaupt kein Sozialisieren mehr. Was nach ihnen als solches erschien, wäre nach außen nichts anderes als eine Ueberführung des vermeintlich sozialistischen Betriebswesens in die Herrschaft des in Paris residierenden Privatkapitalismus.“

„Für die Zukunft würde es jedenfalls heißen: Sozialisieren bedeutet zunächst nichts anderes als Stärkung des Orientalkapitalismus, Entlastung der Kontrolle, die er über unsere Wirtschaft üben will. Erschöpfung der wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen wir zu leben gezwungen sind.“

Man sieht: Genau dieselben Erwägungen wie sie Herrn Stiegeler nachgelegt werden! Und wir meinen, es sind Erwägungen, die sich jedem — ob „Kapitalisten“ oder Sozialdemokraten — aufdrängen müssen, der an das Sozialisierungsproblem mit dem christlichen Willen herantritt, für das Wohl des werktätigen deutschen Volkes und nicht für die völlige Zertrümmerung unserer Volkswirtschaft zu arbeiten.

Deutsches Reich.

Einigung der Sozialdemokratie?

In kurzem findet in Berlin ein deutscher Sozialistenkongress statt, der für eine Einigung aller sozialdemokratischen Gruppen Grundlagen schaffen will. Gemäßigteren als Vorläufer zu diesem namentlich von Eduard Bernstein eifrig betriebenen Unternehmen kann ein Artikel gelten, in dem die radikale „Leipziger Volkszeitung“ über eine Stellungnahme der Leipziger Sozialdemokraten zur Einigungsfrage berichtet. Sie schreibt:

„Es stellte sich dabei heraus, daß die Regierungsozialisten wie überall so auch in Leipzig mit ganz falschen Voraussetzungen an die Einigungsfrage herantraten. Für diese politischen Schleichhändler und Rohhändler ist die Einigung der Parteien nichts anderes als ein Objekt des Ruhmhandels, bei dem jeder Teil etwas von seinen Grundlagen zu opfern habe. Die Partei, die dann die gereinigten Wässer zum Handel schickt, würde am besten abschneiden. Diese verführerischen revolutionären Forderungen haben ja keine Ahnung von den ungeheuren revolutionären Leiden, die in den Massen um Befreiung ringen und ganz von selbst im Laufe der Entwicklung zu einem Handeln auf revolutionärer Grundlage führen werden.“

Ausfall in Nürnberg.

Nürnberg, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Schern Mittags sind in Nürnberg die landwirtschaftlichen und technischen Anstalten der Metallindustrie, insbesondere auch die Personen, wegen Gebaltsforderungen in den Streik getreten. Die Doustschische des Streiks liegt dort, weil die Metallindustriellen nur den Tarifvertrag für Nürnberg, nicht aber für ganz Bayern genehmigen wollten, wie die Anstalten forderten. Die Arbeiter sind zu einem Zusammenschluß bereit. Der Streik wird sich wahrscheinlich auf ganz Bayern und Kommerzienrat (Leipzig) bei der Streikbewegung der Anstalten bereits aberschritten.

Der Streik der Angehörigen des Schmelzwerkes in Nürnberg dauert an. Seit Sonntag sind die Schmelzwerke arbeitslos. Schern nachmittags bemalte sich ein nach Taufenden zählender Demonstrationstrupp aus der Stadt.

Nürnberg, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die ersten Heiden des Kampfes im Reich sind die Metallindustrie haben sich bereits bei den Dorschweidern gezeigt. Die Arbeiter haben erklärt, daß sie ohne Erfüllung der Forderungen nicht arbeiten können und haben deshalb erklärt, daß die Arbeit niederzulegen. Die Metallindustriellen verbanden sofort die Handwerkerkammer. Aber die anerkannten Streikführer nach Verhandlung der Verhandlungen wird sofort das Demonstrationskomitee mit der Streikliste beschließen.

Düsseldorf, 3. Juni. (W. B.) Ueber Düsseldorf Stadt- und Landkreis und über Duisburg ist der Belagerungs- zu Stand verhängt worden.

Berlin, 4. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Eine Entscheidung über die Besetzung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ist, wie wir hören, noch nicht gefallen. Zu allererst war befamlich Reichsstaatsminister Schiffer aus- gesehen. Der aber machte trotz seiner Beziehungen zur Provinz

gerade das Magdeburger Oberpräsidium nicht übernehmen. Selbst ist man ohne rechten Erfolg auf der Kandidatenliste. Es ist an den Staatsminister Seering gedacht worden. Man hat auch Dr. August Müller, den früheren Reichswirtschaftsminister in Aussicht genommen. Aber irgendwelche Beschlüsse sind noch nicht gefaßt. Soviel wir zu wissen glauben, wird sich das Staatsministerium in den nächsten Tagen mit dieser Frage beschäftigen.

Die Volksernährung.

Gegen den Kartoffelgleichhandel.

Der Gleichhandel mit Kartoffeln bei einem Umfang von 1000000 Hektar, die die Verteilung der Kartoffeln ernstlich bedroht. Die Ziele, besonders in der Nähe der Großstädte gelegenen Kommodoreverbänden werden durch Sammelaktionen ähnlich mehrere tausend Hektar Kartoffel entzogen. Das Reichsernährungsamt hat hierzu einen Erlaß über die Kartoffelhandlung vom 11. Mai 1919 erlassen. Die Ministerien der deutschen Reichsanstalten drängen, die amtlichen Behörden nachdrücklich angewiesen, von den Erwerbungen zu gegen die Erzeugung, die Kartoffeln in den Gleichhandlungen zu kaufen, vollständig Gebrauch zu machen. Gegenwärtig denken sich die Behörden selbst mit der Beschaffung der zu Liefernden Kartoffeln, lassen aber den Verkauf freistellen. Eine Prüfung der Verhältnisse kann jedoch nur von einer kurzen Kammerung der geltenden Großbeschreibungen auch gegen diesen Erlaß werden. Die Handhabung von Gleichhandlungen bietet die Verordnung über die Kartoffelhandlung vom 18. Juli 1918, die im § 11 Satz 3 bestimmt, daß durch Gleichhandlungen über die Liefernden Personen nur zur Erfüllung der Verpflichtung zur Lieferung verfahren werden darf, und die im § 18 Kammerhandlungen mit Gleichhandlungen bis zu einem Jahre und mit Gleichhandlungen bis zu 10000 Hektar oder mit einer dieser beiden Arten bedroht. Die Gleichhandlung muß bei vorläufigem Beschluß von Beschluß — hieran schließt sich der Verkauf in den Gleichhandlungen — nicht dem vom amtlichen Wert der Kartoffeln ableitbar sein. Nach § 12 der Verordnungen über Kartoffeln vom 2. September 1918 sind alle Kartoffeln für den Handel mit Ausnahme derjenigen, die dem Reichsernährungsamt an seiner eigenen Erzeugung oder an der seiner Wirtschaftsmittel, aus und zur Deckung seines Konsumbedarfes bestimmt.

Letzte Meldungen.

Toller, der Führer der roten Arme in München, verhaftet. 900 München, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Der langjährige Führer der roten Arme, Student Toller, wurde heute früh 5 Uhr bei dem Kunstmalerei Reichel in München-Schwabing festgenommen. Die Kriminalpolizei fand ihn hinter einer in der Wand eingebauten Tür in der Wohnung Reichels versteckt, die durch ein großes Gelände bedeckt war. Toller gab nach einigen Leugnen zu, der Gesuchte zu sein. Er hatte sich das Haar rotbraun gefärbt. Der Kunstmalerei, dessen Frau und ein Wohnungsgenosse wurden mit Toller der Polizei überliefert.

Prinz Heinrich der Niederlande reist nach der Schweiz. Amsterdam, 4. Juni. (W. B.) Der „Telegraaf“ meldet, daß sich Prinz Heinrich der Niederlande Ende dieses Monats für einige Zeit nach der Schweiz begibt.

Handel und Industrie.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die Börse war am 4. Juni in Bezug auf die außerordentliche Lage gelähmt und zwar nicht mehr insofern der andauernden Beschränkungen der Besetzung der Aktien- und Rentenbörse, sondern insofern die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand. Die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse wurde am 4. Juni als die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand. Die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse wurde am 4. Juni als die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand.

Frankfurt, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die Börse war am 4. Juni in Bezug auf die außerordentliche Lage gelähmt und zwar nicht mehr insofern der andauernden Beschränkungen der Besetzung der Aktien- und Rentenbörse, sondern insofern die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand. Die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse wurde am 4. Juni als die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand.

Frankfurt, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die Börse war am 4. Juni in Bezug auf die außerordentliche Lage gelähmt und zwar nicht mehr insofern der andauernden Beschränkungen der Besetzung der Aktien- und Rentenbörse, sondern insofern die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand. Die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse wurde am 4. Juni als die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand.

Frankfurt, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die Börse war am 4. Juni in Bezug auf die außerordentliche Lage gelähmt und zwar nicht mehr insofern der andauernden Beschränkungen der Besetzung der Aktien- und Rentenbörse, sondern insofern die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand. Die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse wurde am 4. Juni als die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand.

Frankfurt, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die Börse war am 4. Juni in Bezug auf die außerordentliche Lage gelähmt und zwar nicht mehr insofern der andauernden Beschränkungen der Besetzung der Aktien- und Rentenbörse, sondern insofern die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand. Die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse wurde am 4. Juni als die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand.

Frankfurt, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die Börse war am 4. Juni in Bezug auf die außerordentliche Lage gelähmt und zwar nicht mehr insofern der andauernden Beschränkungen der Besetzung der Aktien- und Rentenbörse, sondern insofern die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand. Die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse wurde am 4. Juni als die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand.

Frankfurt, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die Börse war am 4. Juni in Bezug auf die außerordentliche Lage gelähmt und zwar nicht mehr insofern der andauernden Beschränkungen der Besetzung der Aktien- und Rentenbörse, sondern insofern die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand. Die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse wurde am 4. Juni als die Besetzung der Aktien- und Rentenbörse der Regierung gegen die separatistische Bewegung stand.

